



# Die Bedeutung der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei für Europa und die USA

Ein strategischer Gewinn für Brüssel oder Washington?

Von Özlem Yeşilkaya  
[ozlem.yesilkaya@kfibs.org](mailto:ozlem.yesilkaya@kfibs.org)

Ausgabe  
1/05

\* \* \*

## Europas *D-Day*

Am 17. Dezember 2004 hat der Europäische Rat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschlossen. Bis dahin waren die Beziehungen zwischen Brüssel und Ankara angespannt, hatte die Türkei doch bereits für den EU-Erweiterungsgipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 einen Entscheid erwartet. Man mag sich kaum vorstellen, welchen Schaden die Beziehungen diesmal genommen hätten, hätte der Rat erneut eine aufschiebende Entscheidung getroffen. Wenig nützlich waren in diesem Kontext auch einzelne Kommentare von Politikern, wie z. B. die des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt, der öffentlich erklärte, dass die Zulassung von türkischen „Gastarbeitern“ in den 1960er Jahren generell ein Fehler gewesen sei. Die Konsequenzen daraus könne man nun anhand der gescheiterten Integration dieser Menschen sehen. Tausende von Türken, die durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit *en masse* nach Westeuropa strömten, würden das Schreckensszenario nur noch komplettieren.

Im Gegensatz dazu bemühen sich in Deutschland insbesondere Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer, ihre Amtskollegen von den Vorteilen eines türkischen EU-Beitritts zu überzeugen. Eine Türkei innerhalb der EU würde die Sicherheit letzterer erhöhen und eine Brücke zur islamischen Welt schlagen. Außenminister Fischer setzte den Impakt einer europäischen Entscheidung diesbezüglich sogar mit dem Tag (6.6.1944) der Invasion der Alliierten in der Normandie (sog. *D-Day*) im Zweiten Weltkrieg gleich. Unterstützung erfuhren die beiden deutschen Politiker vom britischen Premier Tony Blair, der sich ebenfalls für einen Türkei-Beitritt stark macht. Etwas schwieriger einzuschätzen ist hingegen die Position des französischen Präsidenten Jacques Chirac. Dieser hatte sich noch zu Beginn mit Kanzler Schröder gemeinsam *für* die Sache Ankaras eingesetzt, um bereits wenig später seine Position wieder zu relativieren, als sich unter dem neuen UMP-Chef Sarkozy innerparteilicher Protest dagegen abzeichnete. Wichtig dabei war auch die skeptische Haltung der französischen Bevölkerung. Bekundungen, dass die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen nicht automatisch eine türkische EU-Vollmitgliedschaft mit sich bringe, dienen insbesondere der Beschwichtigung. Um das Referendum zur EU-Verfassung am 29. Mai 2005 nicht zu

gefährden, wurde im Februar gar eine Revision der französischen Verfassung vorgenommen, die bei jeder neuen EU-Erweiterungsrunde ein Referendum vorsieht. Da dieser Artikel vor allem vor dem Hintergrund von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu sehen ist, trägt er inoffiziell auch den etwas unglücklich gewählten Namen „Türken-Artikel“.

Die bloße Aussicht auf eine türkische EU-Mitgliedschaft hat generell deutlich gemacht, dass eine gesamteuropäische Vision noch immer fehlt. Was ist die Europäische Union und wohin will sie? Dies sind fundamentale Fragen, denen es aber noch immer an konkretem Inhalt fehlt. Die Zurückhaltung bezüglich einer Art *Roadmap* für die EU ist zum Teil nachvollziehbar, stellt letztere nun mal ein historisch einmaliges Projekt dar, das sich in einem Entwicklungsprozess befindet. Deswegen ist die nun angestoßene intensive Debatte auch durchaus wünschenswert und nötig. Die Kehrseite davon allerdings ist, dass europäische Politiker und Technokraten die „europäische Identität“ zu definieren versuchten, indem sie lediglich sagten, was die EU *nicht* ist: nämlich eine Union, die weder den Willen noch die Aufnahmekapazität zur Integration eines solch großen Landes wie der Türkei besitzt. Hinzu kommt, dass es sich um ein mehrheitlich muslimisches Land handelt.

Vorschläge, die Union als eine rein christliche zu definieren, folgten, konnten sich aber nicht durchsetzen. Der ehemalige französische Präsident und Vorsitzende des EU-Konvents Valéry Giscard d'Estaing tut sich in diesem Zusammenhang als ein vehementer Gegner eines türkischen EU-Beitritts hervor. Er stützt sich dabei auf historische wie geistesgeschichtliche Entwicklungen, die sich an zwei epochalen Ereignissen festmachen lassen: die *Renaissance* und die (hier: „französische“) Aufklärung, die den Geist und die Identität Europas ausmachten und an deren Entwicklung die Türkei nicht teilgenommen habe.<sup>1</sup>

Giscard d'Estaing befürwortet die so oft zitierte „privilegierte Partnerschaft“ und wird dabei u. a. von der deutschen CDU/CSU-Partei unterstützt. Der ideelle Argumentationsansatz Giscard d'Estaings wird ergänzt von technokratischen Einwänden: Die Türkei mit ihren über 70 Mio. Einwohnern würde ein so genannter *big player* innerhalb der EU sein, der zusammen mit Deutschland und seinen über 80 Mio. Einwohnern dann in der gleichen Liga spielen würde. Da die Bevölkerungszahl eines

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu u. im Folgenden Giscard d'Estaing, Valéry, Zurück zur Vernunft, in: F.A.Z. v. 26.11.2004, S. 10.

Staates sein Stimmgewicht im Europäischen Parlament und, noch viel wichtiger, im Europäischen Rat bestimmt, hätte Ankara so großen Einfluss auf die Entscheidungsmechanismen innerhalb der EU.

Was jedoch schwerer wiegt, ist die Aussicht auf eine Union, die Grenzen zu Staaten wie Syrien, Irak und dem Iran hat. Die Union begann Ende der 1950er Jahre als „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG). Im Laufe ihrer bisherigen Existenz hat sie sich hauptsächlich mit sog. *soft issues* (z. B. Handel, Arbeit usw.) beschäftigt. Erst in jüngster Zeit wurde ernsthaft der Versuch unternommen, der europäischen Wirtschaftsmacht auch militärische Fähigkeiten zuzuführen. Dies hat in der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) seinen konkreten Ausdruck gefunden. Die Balkan-Kriege in den 1990er Jahren haben allerdings die diesbezüglichen Defizite deutlich gemacht. Und es wird wohl noch eine Zeit lang dauern, bis die EU auch in militärischer Hinsicht ernst zu nehmen sein wird – wenn überhaupt.

Für manchen europäischen Politiker, wie z. B. für den ehemaligen Erweiterungskommissar der EU und jetzigen EU-Kommissar für Industriepolitik Günter Verheugen, ist deswegen die Aussicht, die Union durch einen türkischen Beitritt auch in sicherheitspolitischen Fragen in einen *global player* zu verwandeln, äußerst attraktiv. Eine Union, die von der Nordsee bis zum Kaukasus reicht, würde dieser Vision ein zusätzliches Gewicht verleihen. Die „Verwestlichung“ der Türkei durch eine „Europäisierung“ derselben zu vervollständigen, würde, so der Gedanke, zum strategischen Gewinn der EU beitragen; auch weil die Türkei traditionell ein eher konservatives Verständnis von Sicherheit und Verteidigung hat. Zieht man aber Ankaras traditionelle Bindung zu Washington in Betracht, könnte diese visionäre Annahme doch ein wenig verfrüht erscheinen.

### **Washingtons strategische Interessen**

Bis vor kurzem waren die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei äußerst belastet. Die Anspannung geht zurück auf die Entwicklungen um und auf Zypern sowie um das Ägäische Meer. Die türkische Militärintervention auf Zypern im Juli 1974 und die bis heute andauernde Truppenstationierung im Norden des Landes haben einen politischen Antagonismus zwischen beiden Seiten ausgelöst, der durch die griechische und später die

zypriotische EU-Mitgliedschaft nochmals verschärft wurde. Seitdem fungierte insbesondere Washington als Vermittler in der Ägäis und im Mittelmeerraum.

Ankara fühlte sich betrogen, als es mit ansehen musste, wie Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes *vor* der Türkei Mitglied der EU wurden, und das trotz der jahrzehntelangen türkischen Orientierung gen Westen und den frühen Diensten als loyaler NATO-Partner. Ankara glaubte, auf der falschen Seite zu stehen. Die europäischen Vorbehalte nahm man in der Türkei als Taktik zum Zeitgewinn wahr; als den Versuch also, eine türkische EU-Mitgliedschaft letztlich zu verhindern. Dieses Taktieren löste bei den türkischen Eliten wie bei der türkischen Bevölkerung gleichermaßen Befremden aus.

Im Gegensatz dazu wurde das Streben der Türkei gen Westen/EU von der damaligen Clinton-Administration ausdrücklich begrüßt. Die Änderung der europäischen Haltung im Dezember 1999 und Dezember 2004 mag man daher vielleicht zu einem gewissen Teil dem amerikanischen Engagement zuschreiben; doch dies geschieht keineswegs uneigennützig. Washington verfolgt sein eigenes geostrategisches Interesse, wenn es sich *für* eine türkische EU-Vollmitgliedschaft einsetzt. Für Washington ist die schwer fassbare Verbindung zweier wichtiger, aber zugleich äußerst distinkter Partner lästig. Vor allem vor dem Hintergrund einer rein europäischen Koordinierung von Sicherheits- und Verteidigungspolitik, an der Ankara als assoziiertes WEU-Mitglied nur unter Vorbehalt mitwirken darf, droht die für die in Zukunft vorgesehene strikte Trennung in NATO- und EU-Mitglieder der NATO – hinsichtlich Planung und operativen Fähigkeiten – eher hinderlich zu werden.

Die vertragliche Verankerung Ankaras im Westen bzw. in Europa ist aus vielerlei Gründen im US-amerikanischen Interesse: Die Türkei ist ein mediterraner „Flankenstaat“ in Europa und der südöstliche Eckpfeiler der NATO. Seine geografische Lage macht das Land zu einer strategisch wertvollen Militärbasis – für US-amerikanische Militäroperationen im Nahen und Mittleren Osten (und eventuell im Kaukasus) ist dies von zentraler Bedeutung. Bereits zu Zeiten des Kalten Krieges war dies ein essenzieller Teil der westlichen Abschreckungsstrategie gegen die damalige Sowjetunion.

Darüber hinaus haben die türkische Kontrolle der Meerengen am Bosphorus und die Lage am Schwarzen Meer für amerikanische Strategen einen großen Wert. Aus diesen Gründen, aber auch weil Ankara stets seine Vorzüge zum eigenen Vorteil zu verkaufen

wusste, kam Washington seinem „strategischen Partner“ in vielen Punkten entgegen: Den türkischen Bedenken in Bezug auf den Mittleren Osten trug man Rechnung. Zudem berücksichtigte Washington die schwierige innenpolitische Situation eines laizistischen Staates mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung und nach wie vor bestehenden Problemen mit der kurdischen Minderheit. Während der europäisch-türkischen „Eiszeit“ Mitte der 1990er Jahre war es erneut US-Präsident Clinton, der die Europäer um mehr Verständnis für die Belange der Türkei bat. Für Washington zählt nun mal die grobe, die generelle Richtung, die die Türkei eingeschlagen hat. All die kleinen problematischen Details, die im Laufe des Reformprozesses auftauchen und diesen erschweren können, sollten aber nicht über die tendenziell prowestliche Orientierung des Landes hinwegtäuschen. Ganz im Gegenteil: Man müsse Ankara in diesem schwierigen Prozess stets die Tür offen halten. Zudem versteht man in Washington nicht, dass Brüssel die zwar unerfreulichen, aber gewiss noch korrigierbaren Rückschritte im Modernisierungsprozess der Türkei derart hochstilisiert – dies umso mehr vor dem Hintergrund der geostrategischen Bedeutung der Türkei. So hält man den Europäern entgegen, sich in allzu vielen Detailfragen zu verlieren.

Kurzum: Für Washington bleibt die Türkei ein stabilisierender Faktor in einer sonst eher unruhigen Region und ein wichtiger strategischer Partner. Die prioritäre Rolle der Türkei wird insbesondere durch ihre geografische Lage begründet. Der damalige Abteilungsleiter unter Clinton für europäische Angelegenheiten im US-Außenministerium Richard C. Holbrooke erklärte, dass die Türkei am Scheideweg von fast allen für die USA wichtigen Regionen stünde – einschließlich dem Balkan, dem Kaukasus und der Golfregion.

## **Selektive Loyalität**

Trotz der „strategischen Partnerschaft“ zwischen den USA und der Türkei darf letztere keinesfalls als ein serviler Partner angesehen werden. Ein noch bis in die Gegenwart hinein wirkendes Trauma für die türkischen Eliten und die türkische Bevölkerung stellt der auch in Washington umstrittene sog. *Johnson Letter* von 1964 dar.<sup>2</sup> Man darf mit einiger

---

<sup>2</sup> Der nach dem US-Präsidenten (1963-69) Lyndon B. Johnson benannte Brief warnte Ankara damals vor einer militärischen Option auf Zypern. Das Schreiben hielt der Türkei vor Augen, dass die NATO und deren Führungsmacht USA nicht zur Verteidigung des türkischen Bündnispartners herbeieilen würden – für den Fall, dass die türkische Intervention eine Aktivierung von sowjetischen Truppen nach sich ziehen sollte.

Sicherheit davon ausgehen, dass dieses Ereignis den türkischen Politikern die Grenzen der amerikanischen „Partnerschaft“ deutlich vor Augen geführt hat. Die Verlässlichkeit der USA als Partner wurde fortan stark in Zweifel gezogen.

Seit diesem Zeitpunkt agiert Ankara weit wählerischer in Bezug auf wen und wann es seine Loyalität bereitstellt. Dies unter anderem auch, weil es seither seine nationalen Interessen energischer durchzusetzen sucht: So solidarisierte sich Ankara beispielsweise im Sechstagekrieg (1967) mit den arabischen Ländern und verwehrte im Yom-Kippur-Krieg (1973) Durchflugsrechte sowie den Gebrauch von NATO-Luftwaffenstützpunkten auf seinem Territorium und blockierte somit den Nachschubweg, der Israel im Krieg gegen die syrisch-ägyptische Koalition nützlich sein sollte; dies vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Interessen, aber auch, um arabische Unterstützung in der Zypernfrage zu erhalten – diese allerdings blieb aus.

Nach dem Kalten Krieg ist die Türkei als ein besonders schwieriger, aber zugleich auch wichtiger Partner für die USA und Europa in Erscheinung getreten. Es ist offensichtlich und legitim, dass Ankara gemäß seinen eigenen Interessen handelt und deswegen auch zwischen Partnern und Nachbarn zu unterscheiden weiß. Es ist auch deutlich geworden, dass Ankara zwar kein fügsamer, aber doch ein durchaus loyaler Partner ist, dessen multidimensionale außenpolitische Komplexität – auch als „360°-Albtraum“ bekannt – die strategische Koordinierung der westlichen Partner weiterhin erschwert. Dies hat der „Fall Zypern“ genauso wie die jüngste Entscheidung des türkischen Parlaments (Februar 2003), den USA die Eröffnung einer Nordfront im letzten Golfkrieg (2003) zu verweigern, gezeigt.

Nichtsdestotrotz ist Ankara gemeinsam mit London zu einem wertvollen strategischen Partner für die USA innerhalb Europas Grenzen geworden. Dies umso mehr, seit sich die frühere UdSSR bzw. das heutige Russland aus dem europäischen Zentrum zurückgezogen hat – und seit der Unabhängigkeit der MOE-Staaten und der Ukraine von Moskau. Positioniert zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer, dem Balkan und dem Kaukasus, dem Mittleren Osten und der Golfregion, hat die Türkei für die USA die Bedeutung angenommen, die Deutschland während des Kalten Krieges innegehabt hatte.

## Europäisierung und Atlantisierung

Die EU muss sich nun darüber Gedanken machen, wie diese neuen Parameter in eine kohärente europäische Position verwandelt werden können, und wie sie selbst am besten ihre eigenen strategischen Interessen verfolgen kann. Wer annimmt, dass eine türkische EU-Mitgliedschaft eine größere Abkoppelung der Union von den USA mit sich bringen wird, irrt. Einstweilen wird eine sich der EU annähernde Türkei Europa dazu bringen, seine Sicherheitspolitik eher innerhalb der NATO, d. h. mit Washington, abzustimmen. Eine EU, die sich konträr zu den USA herausbildet, wäre dann nicht mehr denkbar. In diesem Sinne mag auch die US-Position hinsichtlich zukünftiger EU-Erweiterungsrunden in Richtung Schwarzes Meer und Kaukasus von strategischem Kalkül sein. Andererseits kann die Türkei ihre Interessen einzig und allein in Übereinstimmung mit den USA verfolgen. Da wären die Entwicklungen im kurdischen Nordirak zu nennen, die dortige turkmenische Minderheit, für die sich Ankara verantwortlich fühlt, die Gas- und Ölpipelines, die aus dem Kaspischen Becken entspringen und bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan reichen, sowie die Stärkung aserbaidchanischer und georgischer Unabhängigkeit von Russland. All dies kann nur gemeinsam mit den USA beeinflusst werden. Dementsprechend groß ist auch die „amerikanische Dimension“ in der türkischen Außenpolitik.

Die türkischen EU-Aspirationen bedeuten *nicht* die Unterordnung türkischer Regionalinteressen unter europäische Präferenzen, warnen europäischen Strategen. Sollte die Türkei in die EU aufgenommen werden, wird sie dies *nicht* als „Juniorpartner“ tun, schreibt der ehemalige Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung und heutige Professor für Internationale Politik an der Universität zu Köln, Lothar Rühl.<sup>3</sup> Die Türkei, so wird vorausgesagt, werde ein Mitglied *sui generis* sein – mit einer besonderen Verbindung zu Washington. Deswegen ist es auch notwendig, trennscharf zwischen einer „Europäisierung“ und einer „Verwestlichung“ der Türkei zu unterscheiden. Eine graduelle „Amerikanisierung“ sowie eine Öffnung in Richtung Atlantik stehen zu erwarten, die auch auf die weitere Entwicklung der EU Einfluss nehmen werden. Der bereits im Einleitungsteil erwähnte Altbundeskanzler Helmut Schmidt schlägt jegliche

---

<sup>3</sup> Rühl, Lothar, Brückenschlag auf ein unsicheres Ufer, in: NZZ v. 20.01.2005, S. 6.

Vision eines strategischen Zugewinns durch einen Türkei-Beitritt in den Wind:<sup>4</sup> Es wäre *nicht* die EU, die gewinnen würde, *sondern* die USA, die den Sieg davon tragen würden, sollte die Türkei in die EU aufgenommen werden; denn Washington hätte schließlich nicht umsonst 40 Jahre lang für dieses Ziel *Lobbying* betrieben.

Was auch immer das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen sein wird, der Prozess der Europäisierung wird *nicht* aufzuhalten sein, zumal dieser schon voll im Gange ist. Dies wiederum wird die Natur der Beziehungen zwischen der Türkei und den USA verändern. Ankara wird zukünftig einen Großteil seiner Politik mit Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten koordinieren müssen, will es sich nicht selbst seiner Beitrittschancen berauben. Washington wird seine Türkei-Politik dementsprechend neu gestalten müssen. Gleichzeitig wird sich die EU-Türkei-Konstellation nachhaltig auf die transatlantischen Beziehungen auswirken. Zwar hat Washington erkannt, dass sein Engagement in Europa – zeitweilig als unerwünschte Einmischung abgetan – dem Anliegen Ankaras mehr geschadet als genutzt hat; es wird aber dennoch Mittel und Wege finden, sein politisches Gewicht weiterhin mit einzubringen. Gegenwärtig erscheinen jegliche Voraussagungen kühn und gewagt. Doch eines ist bereits jetzt absehbar: Die Beziehungen Ankaras zu Washington werden schwieriger und komplexer. Ankara ist schon jetzt ein durchsetzungsfähiger Partner, stets behutsam zwischen seinen eigenen Interessen und seinen Pflichten als Allianzpartner abwägend. Eine engere Anbindung an die EU wird eine weitere Komponente zu dieser Gleichung hinzufügen: Ankara wird europäische Positionen und Perspektiven in Betracht ziehen müssen, wenn es die Leitlinien seiner Politik formuliert.

Die EU wiederum wird eine (bis jetzt fehlende) Langzeitstrategie gegenüber der Türkei entwickeln müssen, will sie nicht von den Ereignissen eingeholt werden. Erst dann – und nur dann – wird man auch von einem strategischen Gewinn für Brüssel sprechen können.

---

<sup>4</sup> Vgl. hierzu u. im Folgenden Schmidt, Helmut, Bitte keinen Größenwahn, in: Die Zeit v. 25.11.2004, S. 3; im Internet abrufbar unter: <[www.zeit.de/2004/49/T\\_9frkei-Beitritt](http://www.zeit.de/2004/49/T_9frkei-Beitritt)> (letzter Zugriff: 25.03.2005).